

II-12633 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

Wien, am 14. Februar 1994  
GZ: 10.101/502-X/A/2a/93

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

5764/AB

1994-02-15

zu 5893/J

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5893/J betreffend Reform der Straßenbausondergesellschaften, welche die Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen am 22. Dezember 1993 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Welche Gründe waren ausschlaggebend dafür, daß statt einer Sondergesellschaft deren zwei gegründet wurden? Kam es in diesem Zusammenhang zu politischen Interventionen? Wenn ja, wann, von wem, mit welcher Intention?

Antwort:

Die Zusammenlegung der Sondergesellschaften geht auf einen gemeinsamen Initiativantrag zurück, der im Ausschuß nochmals abge-

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 2 -

ändert wurde. Die Frage ist daher gemäß § 90 GOG nicht Gegenstand der Vollziehung.

Punkt 2 der Anfrage:

Von welchen Ländern kam es zu Einsprüchen gegen diese Reform/-gegen die beiden neuen Gesellschaften? Wie wurden diese begründet? Kam es bereits zu einer gerichtlichen Klärung dieser Einsprüche? Wurden dem Land Steiermark, wie medial berichtet, Zugeständnisse für die Zurücklegung seiner Einsprüche gemacht? Kam es in diesem Zusammenhang zu Gesprächen mit Vertretern der steirischen Landesregierung? Wenn ja, wann, mit wem und mit welchem Ergebnis?

Antwort:

Das Land Steiermark hat ursprünglich dagegen berufen, jedoch in allen Instanzen (Beschluß des Oberlandesgerichtes Linz vom 2.6.1993 bzw. Beschluß des Obersten Gerichtshofes vom 26.8.1993) verloren. Die Eintragung ist damit rechtskräftig geworden. Eine weitere Klage des Landes Steiermark gegen die beklagten Bundesländer und die Republik Österreich ist noch offen, scheint sich jedoch mit der Bereitschaft von Wien und Niederösterreich, je 5 % der steirischen Anteile zu übernehmen, einvernehmlich zu bereinigen.

Punkt 3 der Anfrage:

Ist der Syndikatsvertrag bei der Alpen AG bereits rechtsgültig? Wenn ja, seit wann? Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Es gibt keinen Syndikatsvertrag bei der Alpen Straßen AG.

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 3 -

**Punkt 4 der Anfrage:**

Ist es richtig, daß bis heute an den Aufsichtsratssitzungen der Alpen AG keine Vertreter des Finanzministeriums teilgenommen haben? Wenn ja, warum? Wieviele AR-Sitzungen gab es bislang?

**Antwort:**

Bislang fanden fünf Aufsichtsratsitzungen der Alpen Straßen AG statt, Vertreter des Finanzministeriums haben daran, obwohl eingeladen, bisher nicht teilgenommen.

**Punkt 5 der Anfrage:**

Vor dem Arbeitsgericht Innsbruck kam es vor knapp einem Jahr zur Befragung von Ministerialrat Martinek. Aus welchem Grund? Welche Aussagen tätigte Martinek? Führten diese Aussagen zu Konsequenzen?

**Antwort:**

Ministerialrat Dr. Martinek wurde als informierter Vertreter über den Zweck der Zusammenlegung der Gesellschaften befragt.

Inzwischen wurden die Anträge der Betriebsräte auf Abschluß von Sozialplänen abgewiesen.

**Punkt 6 der Anfrage:**

Minister Schüssel kündigte beim parlamentarischen Beschluß der Straßenbaureform eine Einsparung von rund 50 Mio. Schilling an. Konnte dieses Ziel bereits erreicht werden?

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 4 -

**Antwort:**

Bei den genannten Einsparungen handelt es sich um eine mit Stimmenmehrheit beschlossene Anmerkung des Bautenausschusses für den Ausschlußbericht. Sie beziehen sich auf einen Zeitraum von etwa drei Jahren. Die beiden Gesellschaften wurden erst Mitte des vergangenen Jahres in das Firmenbuch eingetragen. Einsparungsziele sollen daher bis spätestens Mitte 1996 erreicht sein.

**Punkt 7 der Anfrage:**

Welchen Gesamtumsatz machten die sechs Sondergesellschaften 1992 und wie war im Vergleich dazu der Umsatz der beiden neuen Gesellschaften im Jahr 1993? In welchen konkreten Bereichen konnten welche konkreten Einsparungen erzielt werden?

**Antwort:**

In den Jahresberichten der sechs Vorgängergesellschaften werden für das Jahr 1992 Gesamtausgaben von 4.636 Mio. Schilling ausgewiesen.

Die Jahresabschlüsse für das Jahr 1993 der beiden derzeitigen Sondergesellschaften liegen noch nicht vor, sodaß exakte Zahlen noch nicht angegeben werden können.

Einsparungspotentiale ergaben sich durch Verlagerung bzw. Schließung von Büroräumlichkeiten, im Bereich der Reduktion der Aufsichtsratsmitglieder sowie in den Bereichen der Erhaltung und Verwaltung.

**Punkt 8 der Anfrage:**

Welche konkreten Räumlichkeiten in welchem konkreten Wert konnten aufgrund der Reform abgegeben werden? Wie entwickelte sich der

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 5 -

**Personalstand der beiden neuen Gesellschaften im Vergleich zu den sechs vorher bestehenden Sondergesellschaften?**

**Antwort:**

**Österreichische Autobahnen und Schnellstraßen AG:**

Der Standort der ehemaligen Autobahnen und Schnellstraßen AG in Wiener Neustadt wurde Mitte November 1993 geschlossen und der Großteil der Mitarbeiter nach Wien übersiedelt. Verkaufsgespräche für das Objekt in Wiener Neustadt sind im Gange.

Der Personalstand der vier Vorgesellschaften der Österreichischen Autobahnen und Schnellstraßen AG betrug 1992 laut Geschäftsberichten 449 Mitarbeiter. Mit 1.1.1994 beträgt der Personalstand nur mehr 427 Mitarbeiter.

**Alpen Straßen AG:**

Mit 31.10.1993 wurden die Büroräume der früheren Arlberg Straßentunnel AG geräumt und unverzüglich vermietet. Der Personalstand der zwei Vorgesellschaften der Alpen Straßen AG betrug 1992 laut Geschäftsberichten 270 Mitarbeiter. Mit 1.1.1994 beträgt der Personalstand 261 Mitarbeiter. Dabei sind die vier zusätzlichen Mautner, die für die Wiederbemannung der Anschlußstelle Brenner See eingestellt werden mußten, bereits berücksichtigt.

**Punkt 9 der Anfrage:**

**Kam es zur Schaffung eines einheitlichen Dienstvertrages? Welche Veränderungen bringt dieser für die Beschäftigten einer jeden der bisher sechs Sondergesellschaften?**

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 6 -

**Antwort:**

Durch den kürzlichen Abschluß eines Kollektivvertrages kam es zu einer Vereinheitlichung der Arbeits- und Gehaltsbedingungen für alle Arbeitnehmer der Straßensondergesellschaften.

**Punkt 10 der Anfrage:**

Welche Gesamtjahresbeträge erhielten 1992 die damaligen Vorstandsdirektoren der sechs Sondergesellschaften pro Gesellschaft ausbezahlt? Welche Gesamtjahresbeträge wurden im Vergleich dazu jedem der Vorstandsdirektoren der beiden neuen Sondergesellschaften ausbezahlt?

**Antwort:**

Es wird auf die vom Rechnungshof gemäß § 14a RHG durchzuführende Einkommenserhebung verwiesen. Aus dem darüber dem Nationalrat zu erstattenden Bericht sind die Einkommen der Vorstandsmitglieder der Straßensondergesellschaften zu ersehen.

**Punkt 11 der Anfrage:**

Existiert die Möglichkeit einer Zusatzprämie für Vorstandsdirektoren? Wenn ja, aufgrund welcher Leistungen, von wem beschlossen und in welcher konkreten Höhe? Was ist der Unterschied zur bisherigen Praxis von Bilanzgeldern?

**Antwort:**

In den neuen Vorstandsverträgen ist im Sinne einer leistungsorientierten Bezahlung die Möglichkeit einer Prämie vorgesehen. Sie wird vom Aufsichtsrat beschlossen, ihre Höhe hängt von der Erfüllung der auf Basis des Maßnahmengesetzes vom Aufsichtsrat vorgegebenen Ziele für das Geschäftsjahr ab. Diese Prämie ist vertrag-

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 7 -

lich begrenzt und unterscheidet sich von einem Bilanzgeld dadurch, daß sie bereits Bestandteil des im Vorstandsvertrag festgelegten Gehaltes ist und nur nach im vorhinein niedergelegten und nachvollziehbaren Kriterien zuerkannt werden darf.

